



Dr. Malte Kaufmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

WEITBLICK

Magazin von Dr. Malte Kaufmann • Informationen aus dem Bundestag und
aus dem Wahlkreis 274 Heidelberg • Heft 23 Quartal 3/2026



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,

die politische Wende ist nicht aufzuhalten. Zwar bemüht sich die etablierte Politik auf deutscher und europäischer Ebene unter Mithilfe der regierungstreuen Medien nach Kräften, das Unvermeidliche zu verhindern, indem sie die Freiheit der Bürger immer weiter einschränken will – sei es durch Meinungszensurgesetze oder die Überwachung etwa von Bewegungs- und Zahlungsinformationen – letztlich wird das aber nicht gelingen. Das Unvermeidliche: Das ist die Ablösung eines zutiefst bürgerfeindlichen Milieus, das über die letzten Jahrzehnte eine falsche Entscheidung nach der anderen getroffen hat, und das seit Gründung der Alternative für Deutschland versucht, diese falschen Entscheidungen zu verschleiern, indem es sich gegen jede Form der Aufarbeitung und erst recht gegen den Machtwechsel wehrt.

Mit der AfD werden auf allen Ebenen – kommunal, regional, in den Landesparlamenten, im Bundestag und im EU-Parlament – frische, politisch unverbrauchte und unideologische Köpfe in Verantwortung kommen, die für die Missstände im Land nicht verantwortlich sind, und die deshalb unvoreingenommen Analysen erstellen und Konsequenzen ziehen können.

Inzwischen liegt die AfD bundesweit bei etwa 30 Prozent, in den ostdeutschen Bundesländern gar bei 40 Prozent und mehr. Gut, dass wir uns nicht beizeiten an die Union als Juniorpartner verkauft haben! Die Regierung und der von ihr gesteuerte Verfassungsschutz suchen nun händeringend nach Gründen, um die Partei mit der bei weitem größten Zustimmung im Land vom Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen. Wir haben vor solch einem Verbotsverfahren keine Angst. Die zusammengetragenen „Beweise“ sind ein dickes Bündel Nichts.

Dennoch bleibt unserem Land nicht viel Zeit. Wir müssen jetzt bald in Regierungsverantwortung kommen, wenn von Deutschland noch etwas übrig sein soll, mit dem der Neuaufbau beginnen kann: Das Land ist völlig überschuldet, unsere Kinder werden immer weniger und leider auch immer kränker, ein Krieg mit Russland wird wahrscheinlicher, unsere Wirtschaft befindet sich in einem beispiellosen Absturz, die Klügsten und Produktivsten – Unternehmen wie Bürger – verlassen das Land oder planen, es zu verlassen. Stattdessen werden unqualifizierte, zu einem erheblichen Teil kriminelle Kulturfremde ins Land geholt, die schnell eingebürgert werden sollen, aber nicht davor zurückschrecken, uns anzugreifen.

Wenn jedoch der Klebstoff, der die politischen Kräfte in der Regierung zusammenhält – die Ausgrenzung der AfD – nicht mehr wirkt, weil die Menschen einfach nicht mehr mitmachen, dann geht es unter Umständen sehr schnell. Dann erleben wir einen Umbruch in Deutschland wie 1989. Statt der Mauer aus Stein und Beton fällt dann die Brandmauer in den Köpfen von Politik und Medien. Auf diesen Moment sind wir vorbereitet. Ab diesem Augenblick wendet sich alles zum Guten. Aber Vorsicht: Viele werden es dann schon immer gewusst haben.

Ihr

Dr. Malte Kaufmann
Mitglied des Bundestages

Obmann der AfD-Bundestagsfraktion im Ausschuss
für Wirtschaft und Energie

IN DIESER AUSGABE

Wahljahr 2026 – Deutschland im politischen Umbruch	Seite 3
Das Manifest der ECPA-Fraktion	Seite 6
BPA-Fahrten: Willkommen in Berlin und Straßburg	Seite 7
Die Basis ist der christliche Glaube	Seite 8
Wirtschaft braucht Freiheit:	
Wir brauchen die politische Wende	Seite 8

Erinnerungskultur	Seite 11
Eine von hundert Entgleisungen	Seite 11
Im Gespräch mit den Bürgern	Seite 12
Fahngate: Der Streit um Schwarz-Rot-Gold	Seite 13
Aus Kreistag und Regionalversammlung	Seite 14
Parteitage: Die AfD in Land und Bund	Seite 15

WAHLJAHR 2026 – DEUTSCHLAND IM POLITISCHEN UMBRUCH



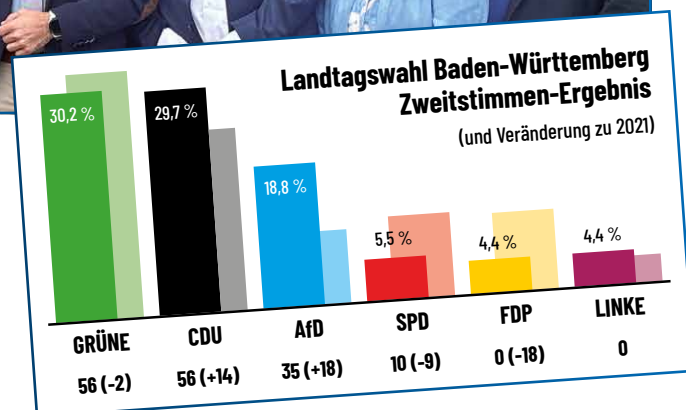
Die neue, 35-Mann-starke Fraktion der AfD im Landtag von Baden-Württemberg.

Das Wahljahr 2026 macht eines deutlich: Die politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland verschieben sich – und zwar nachhaltig. Während die etablierten Parteien versuchen, mit immer neuen Bündnissen und taktischen Manövern ihre Macht zu sichern, wächst die Zustimmung für die Alternative für Deutschland weiter. Die Wähler haben gesprochen – und ihr Votum wird immer deutlicher.

Wer die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie der Kommunalwahlen in Bayern und Hessen im Frühjahr 2026 nüchtern analysiert, erkennt schnell: Es handelt sich nicht um kurzfristige Protestbewegungen. Es ist ein struktureller Wandel. Und dieser Wandel hat früher oder später Konsequenzen.

Baden-Württemberg: Mit Kraft in die Mitte der politischen Realität

Die Baden-Württemberger wählten am 8. März erstmals mit einem neuen Wahlrecht, das die Bedeutung der Wahlkreis-



stimme im Vergleich zu früher herabsetzte und deutlich mehr Gewicht auf die Zweitstimme (die „Listenstimme“) legte. Im Vergleich zur Landtagswahl 2021 kam es dabei zu erheblichen Verschiebungen: Die Grünen verloren ca. 200.000 Stimmen vor allem an die CDU, die kräftig zulegte, aber nicht kräftig genug, um den Ministerpräsidenten zu stellen. Das Land erhielt so den nächsten grünen Ministerpräsidenten: Cem Özdemir. SPD und FDP verloren jeweils etwa die Hälfte ihrer Wähler – die FDP flog dabei ganz aus dem Landtag. Die AfD konnte ihr Ergebnis von 9,7 auf 18,8 Prozent etwa verdoppeln. Dabei wurde sie überproportional von Arbeitern und Selbstständigen zwischen 30 und 60 Jahren gewählt – also von denjenigen, die die meisten Steuern zahlen und eine direkte wirtschaftliche Verantwortung tragen.



Bei der Zahl der Mandate zeigt es sich deutlich: Die Fraktion wuchs von 18 auf sage und schreibe 35 Sitze an und verfügt damit über eine unüberhörbare Stimme. An der AfD vorbei war mit diesem Ergebnis keine andere Regierung möglich als eine Koalition von Grün und Schwarz. Das ist das Verrückte und vollkommen Undemokratische: Selbst ein durch dramatische Verschiebungen deutlich gewordener, veränderter Wählerwille bringt so lange die gleiche, schlechte Politik, wie krampfhaft an der Brandmauer festgehalten wird – oder die AfD irgendwann über eine absolute Mehrheit verfügt.

Die Fraktion in Baden-Württemberg nimmt ihre Arbeit auf

Inzwischen hat sich die Stuttgarter Fraktion mit dem Vorsitzenden Martin Rothweiler und dem Parlamentarischen Geschäftsführer Miguel Klauß konstituiert und eingearbeitet. Mit der neuen Fraktionsgröße ändert sich die parlamentarische Routine: Mehr Abgeordnete bedeuten mehr Präsenz, mehr Redezeit, mehr Einfluss in Ausschüssen – und vor allem mehr Möglichkeiten, politische Themen zu setzen, die von den Altparteien über Jahre ignoriert wurden. Fragen der inneren Sicherheit, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Energiepolitik werden für die anderen immer schwerer auszublenden.

So werden zahlreiche Themen, die die AfD früh im Landtag aufgegriffen hat, auch von anderen Parteien intensiver diskutiert. Mit Kleinen und Großen Anfragen, Gesetzesentwürfen und Änderungsanträgen werden Themen gesetzt, die die Landesregierung nicht selten aufgreifen muss, auch wenn Anträge der AfD rituell von allen anderen Fraktionen abgelehnt werden. Druck baut die AfD-Fraktion vor allem bei den Themen-

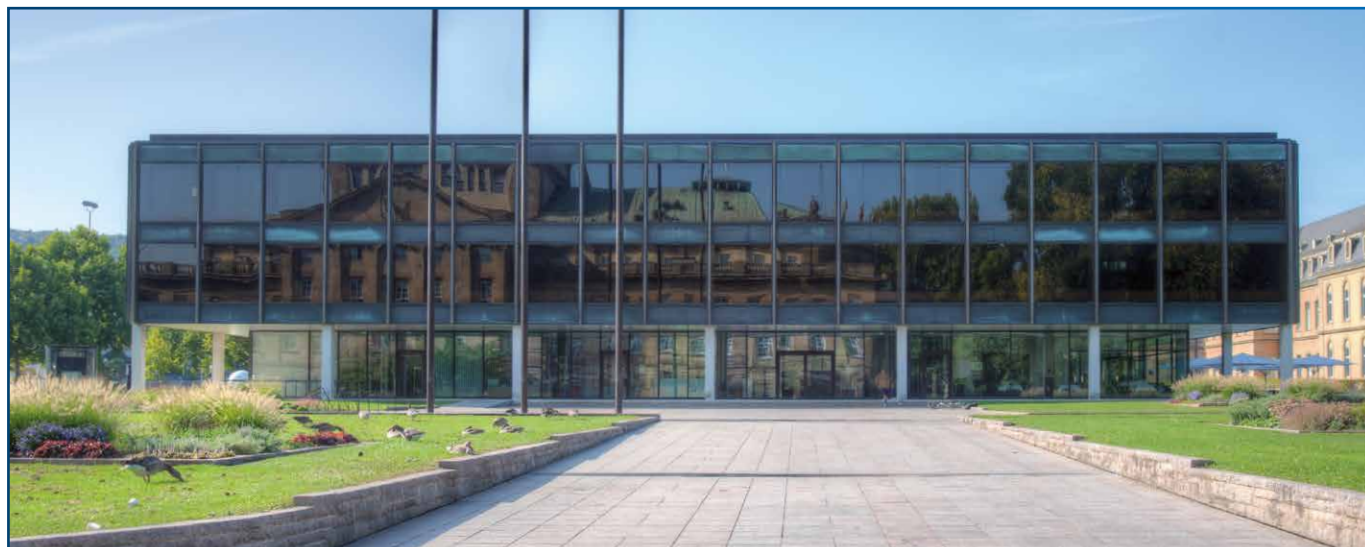


Bei einem Empfang im Stuttgarter Landtag mit dem Fraktionsvorsitzenden Martin Rothweiler und dem Parlamentarischen Geschäftsführer Miguel Klauß

feldern Migration/Abschiebungen, Polizeiausstattung, Messerkriminalität, Bildung, Windkraftausbau, Staatsfinanzen, dem Rundfunkbeitrag, der Aufarbeitung des Corona-Unrechts, Stuttgart 21 und der Gäubahn auf.

Eigentlich sollte man annehmen, dass die anderen Fraktionen diese Art der konstruktiven Oppositionsarbeit schätzen oder zumindest akzeptieren, doch dies ist leider nicht der Fall. Auch in Baden-Württemberg wird ein verbissener Kampf gegen die Opposition AfD geführt, der zum Teil wirklich lächerliche Auswüchse annimmt.

So wurden Kandidaten der AfD-Fraktion bei Wahlen zu Ausschussvorsitzenden mehrfach nicht gewählt, obwohl der Frak-



tion nach der Geschäftsordnung des Landtags diese Positionen zustehen. Dass dies eine Verletzung parlamentarischer Gepflogenheiten ist, stört die Mitglieder der anderen drei Fraktionen nicht. Auch stellt die AfD keinen Landtagsvizepräsidenten. Die Koalition hatte den zweiten Vizeposten kurzerhand noch vor Beginn der Legislatur gestrichen.

Wirklich grotesk wird es bei dieser Maßnahme: Allen Abgeordneten und Mitarbeitern der AfD ist es untersagt, den Verbindungstunnel zwischen Landtag und Haus der Abgeordneten zu nutzen. Hintergrund sind verschärfte „Sicherheitsregeln“ nach einem konstruierten Vorfall, zu dem Ermittlungen schließlich eingestellt wurden. Da die AfD nicht im Haus der Abgeordneten untergebracht ist, bedeutet das einen erheblichen Nachteil für die gesamte Fraktion – auf der Basis von nichts.

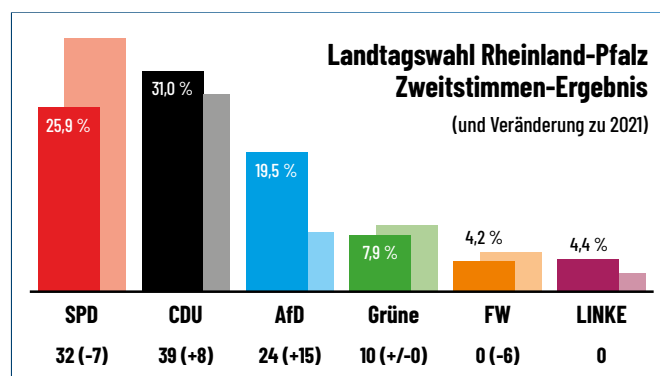
Baden-Württemberg soll wieder stark werden

Dass die AfD gerade in Baden-Württemberg zulegt, ist kein Zufall. In einem Bundesland, das einst als wirtschaftliches Kraftzentrum galt, spüren immer mehr Menschen die Folgen einer Politik, die Ideologie über Vernunft stellt. Steigende Energiepreise, zunehmende Bürokratie und eine Wirtschaftspolitik, die sich immer weiter von der Realität entfernt, treiben die Menschen um – und sie reagieren an der Wahlurne. Das Bekanntwerden lächerlicher Scharmützel der selbsternannten Demokraten ändert daran nichts – ganz im Gegenteil, die Strategie führt lediglich dazu, dass die AfD weiter wächst. Millionen von Wählern können aber nicht dauerhaft ignoriert werden. Die Mitglieder der AfD-Fraktion in Baden-Württemberg sind genau wie in anderen Landesparlamenten und im Bundestag davon überzeugt, dass sich die ausdauernde, engagierte politische Arbeit irgendwann lohnen wird. Wenn die organisierte Verantwortungslosigkeit, die im Moment noch überall herrscht, abgelöst ist, beginnt die Arbeit am Aufbau von neuen rechtsstaatlichen und wirtschaftlich soliden Grundlagen.

Rheinland-Pfalz: Stabilisierung eines Trends

In Rheinland-Pfalz zeigt sich nach der Landtagswahl am 22. März ein ähnliches Bild. Die AfD konnte ihren Stimmenanteil von 8,3 auf 19,5 Prozent mehr als verdoppeln und gewann damit 11,2 Prozent hinzu. Die Zahl der Mandate stieg von 9 auf 24 Sitze. Damit wäre die Fraktion nach der Landesverfassung eigentlich in der Lage, ohne Zustimmung einer anderen Fraktion einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Aber was jahrzehntelange, gute demokratische Tradition war, wurde von

den Altparteien kurzerhand abgeräumt: Mit den Mehrheiten des alten, abgewählten Parlaments wurde noch vor der Konstituierung des neuen Landtags die Verfassung geändert und die Hürde für die Einsetzung dieses wichtigen Instruments der Opposition von 20 auf 25 Prozent angehoben – gerade so hoch, dass es für die AfD knapp nicht reicht.



Ein Blick nach vorn: Der September wird entscheidend

All das lässt entgegen der Absicht der anderen die Zustimmungswerte für die AfD steigen. Prominente Stimmen – darunter viele Wirtschaftsvertreter und Juristen – fordern schon lange ein Ende der Brandmauer, da vernünftige Politik auf diese Weise gar nicht mehr möglich ist. Schon seit längerem ermitteln Umfrageinstitute, dass die AfD mit knapp 30 Prozent die stärkste politische Kraft in Deutschland ist. In den neuen Bundesländern kommt sie sogar auf Werte um 40 Prozent und darüber. Bei den kommenden Wahlen im September wird sich zeigen, ob sich dieser Trend festigt. In Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern stehen wichtige Entscheidungen an.

Wenn diese Ausgabe des WEITBLICK erscheint, haben die Wähler in Sachsen-Anhalt ihre Wahl bereits getroffen. Ulrich Siegmund erklärte den Ausgang der Wahl schon lange vor dem Termin als Erfolg für die AfD: Entweder mit einer Mehrheit von mehr als 50 Prozent der Sitze als Regierungspartei ohne Koalitionspartner, die den Ministerpräsidenten stellt, oder als enorm starke Oppositionsfraktion gegen einen Allparteien-Block, bei dem zusammengezwungen wird, was niemals zusammenarbeiten kann und deshalb sehr schnell scheitern muss.

Die Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik ist hoch, die wirtschaftlichen Herausforderungen bleiben bestehen, und die gesellschaftlichen Konflikte nehmen zu. Gleichzeitig wächst das Vertrauen in die einzige politische Alternative – die AfD.



DAS MANIFEST DER ECPA-FRAKTION: KONSERVATIVE POLITIK FÜR EUROPA

Patriotische Parteien gewinnen in Europa immer mehr an Zustimmung, übernehmen Verantwortung und vernetzen sich über nationale Grenzen hinweg. Die Fraktion der European Conservatives, Patriots & Affiliates (ECPA) in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ist dafür ein guter Beleg. Hier arbeiten vier Bundestagsabgeordnete unter anderem mit Parlamentariern der FPÖ (Österreich), der Fratelli d'Italia und der Lega (beide Italien), der PiS (Polen), der Fidesz (Ungarn), des Rassemblement National (Frankreich), der Schwedendemokraten (Schweden), der PVV (Niederlande) sowie der Tories aus Großbritannien zusammen. Dr. Malte Kaufmann gehört dem Vorstand der 117 Mitglieder starken ECPA-Fraktion im Europarat an und freut sich über die Zusammenarbeit mit den europäischen Kollegen: „Bürgerliche und patriotische Kräfte in Europa sind nicht isoliert. Wir sind präsent, wir sind vernetzt, und wir gewinnen an Einfluss. Während links-woke Netzwerke längst grenzüberschreitend, strategisch und gut organisiert auftreten, werden durch unsere Arbeit auch Netzwerke konservativer Kräfte enger und effektiver.“

Was ist der Europarat?

Der Europarat ist deutlich älter als die EU. Er wurde 1949 in London gegründet, besteht aus 46 Mitgliedsländern und hat seinen Sitz in Straßburg. Während die EU für ihre 27 Mitgliedsländer Regelungen schafft, die die Mitgliedstaaten in nationale Gesetze überführen müssen, ist es seit fast 80 Jahren die Aufgabe des Europarates, auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den europäischen Ländern zu achten. In der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER) treffen sich Vertreter der jeweiligen nationalen Parlamente viermal im Jahr für jeweils eine Sitzungswoche und fassen Beschlüsse, die weit über die EU hinauswirken. Hier werden Resolutionen und Empfehlungen verabschiedet, sogenanntes „Soft Law“, die in vielen Ländern als politische Orientierung dienen und mittelbar ihren Weg in die nationale Gesetzgebung finden. Was hier gesagt und beschlossen wird, entfaltet früher oder später Wirkung: in Parlamenten, in Regierungen, in der öffentlichen Meinung.



Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der AfD-Delegation im Europarat: Martina Kempf, Achim Köhler, Heinrich Koch, Dr. Malte Kaufmann, Birgit Bessin, Johann Martel, Pierre Lamely und Adam Balten (v.l.n.r.)

Im vergangenen Juni legte die ECPA-Fraktion ihr Manifest „Unsere Vision für Europa“ vor, das mehr ist als eine Sammlung politischer Forderungen. Es zeigt die gemeinsamen Grundüberzeugungen der europäischen Patrioten: souveräne Nationalstaaten, sichere Grenzen, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Vernunft und der Schutz der jeweiligen europäischen Identitäten. Die unterzeichnenden Abgeordneten formulieren damit ihr politisches Selbstverständnis und ihre Ziele für Europa.

Ein Rahmen für gemeinsame Ziele

Das Manifest beschreibt Europa als Gemeinschaft freier Nationen, deren Zusammenarbeit auf gegenseitigem Respekt und freiwilliger Kooperation beruht. Es wendet sich gegen eine zunehmende Zentralisierung politischer Entscheidungen und fordert, dass grundlegende Kompetenzen bei den demokratisch legitimierten Nationalstaaten verbleiben.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Schutz der Meinungsfreiheit und die Warnung vor politischen und gesellschaftlichen Einschränkungen des öffentlichen Diskurses. Unterschiedliche Positionen müssen in einer Demokratie offen vertreten werden können. Ebenso unterstreicht das Manifest die Bedeutung unabhängiger Gerichte, freier Wahlen und rechtsstaatlicher Verfahren.

Großen Raum nehmen natürlich auch Fragen der Migration und der inneren Sicherheit ein. Die ECPA fordert einen wirkamen Schutz der europäischen Außengrenzen, eine konsequente Bekämpfung illegaler Migration sowie eine Migrationspolitik, die sich an den Interessen und der Sicherheit der europäischen Staaten orientiert.

Darüber hinaus hebt das Manifest die Bedeutung von Familie, kulturellem Erbe und christlich-abendländischen Traditionen als prägende Grundlagen Europas hervor. Wirtschaftlich spricht es sich für unternehmerische Freiheit, Eigenverantwor-

tung und eine Politik aus, die Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit stärkt.

Somit ist eine Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit der europäischen Konservativen und Patrioten geschaffen. Positionen zu Demokratie, Freiheit, nationaler Selbstbestimmung, Sicherheit und Identität bilden einen Rahmen, in dem eine Zusammenarbeit im Sinne einer positiven Entwicklung Europas wachsen kann. Hier finden Sie das vollständige Manifest:



BPA-FAHRTEN: WILLKOMMEN IN BERLIN UND STRASSBURG!



Einblicke in die Arbeit sind von der Besuchertribüne des Plenarsaals der Parlamentarischen Versammlung des Europarats aus möglich.

Informationsfahrten des Bundespresseamtes (BPA) sind vom Bundestag organisierte und finanzierte Reisen interessierter Bürger aus dem Wahlkreis der Abgeordneten zu ihren politischen Wirkungsstätten. Jedes Mitglied des Bundestages hat dafür ein bestimmtes Budget zur Verfügung, und die Reisen von Dr. Malte Kaufmann sind jedes Mal rasch ausgebucht. In diesem Jahr fanden bereits zwei solcher Reisen statt: vom 10. bis 13. Mai nach Berlin und vom 22. bis 24. Juni nach Straßburg. Eine weitere Fahrt ist für November geplant.

Neben Besichtigungen der parlamentarischen Gebäude und ausführlichen Gesprächen über die politische Arbeit mit dem Abgeordneten bleibt dabei immer genügend Raum für die Teilnahme am Rahmenprogramm. Dieses umfasst die interessantesten Sehenswürdigkeiten der Städte und bietet Gelegenheit, eine angenehme Zeit mit der Reisegruppe zu verbringen. Gemeinsame Abendessen mit viel Ruhe für persönliche Gespräche und einen intensiven Austausch finden ebenfalls statt und erfreuen sich bei den Teilnehmern großer Beliebtheit.



Die Besuchergruppe der BPA-Fahrt nach Straßburg im Juni 2026.



DIE BASIS IST DER CHRISTLICHE GLAUBE

Der Ausschluss und die Diskriminierung von Gläubigen, die der größten Opposition angehören, beispielsweise von Kirchenämtern oder vom diesjährigen Katholikentag spalten die Gesellschaft und missachtet viele Wähler. Es war daher ein wichtiges Zeichen, dass Papst Leo XIV. Dr. Malte Kaufmann am 15. Mai im Rahmen einer Audienz für Parlamentarier der OSZE empfing und Wohlwollen sowie Dank ausdrückte für Kaufmanns Worte, dass die AfD als konservative Kraft in Deutschland für die Familie und für christliche Werte stehe.



Dr. Malte Kaufmann spricht mit Papst Leo XIV. bei einer kurzen Audienz während der OSZE-Konferenz in Rom.

Noch am 18. Mai gab es positive Reaktionen auf Kaufmanns Papstbesuch: Kath.net stellte fest, dass die AfD bei praktizierenden Katholiken zu dieser Zeit bei 26 Prozent und dabei nur knapp hinter der Union liege. Ohnehin ist der wahre christliche Glaube nicht an eine bestimmte Kirche oder Denomination gebunden. Das Evangelium – die frohe Botschaft – gilt für alle Menschen in gleicher Weise: Jesus Christus ist der Weg, die Wahrheit und das Leben (Joh. 14,6). Durch ihn finden wir Frieden mit Gott!

Auch in vielen anderen Medien fand Kaufmanns Begegnung mit dem Papst breite Beachtung: Welt, Zeit, Spiegel, Junge Freiheit und andere berichteten. Auf Facebook und X gab es hunderte von Kommentaren.

Nicht umsonst gibt es in der AfD eine sehr aktive Interessenvertretung „Christen in der AfD“, die als Verein organisiert ist und in den verschiedenen Regionen des Landes Strukturen ausgebildet hat. Bundesvorsitzende sind Joachim Kuhs und Ulrich Oehme. Mit vielen Veröffentlichungen und Veranstaltungen erinnern sie immer wieder an die christliche Grundlage unserer Gesellschaft. Dr. Malte Kaufmann ist regelmäßig auf den Veranstaltungen als Redner anzutreffen wie beispielsweise im März in Leipzig zum Thema „Braucht es mehr Christen in der AfD?“. Auf Einladung des sächsischen Landtagsabgeordneten Jörg Kühne und des Regionalverbands Mitte der Christen in der AfD trug er vor, wie wichtig es ist, dass das christliche Abendland auf allen Ebenen verteidigt wird. Weitere Informationen zu dem Verein finden Sie auf der Website chrafd.de.



Mit dem sächsischen Landtagsabgeordneten Jörg Kühne (Mitte) und dem kirchenpolitischen Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion Tobias Keller (links).

WIRTSCHAFT BRAUCHT FREIHEIT: WIR BRAUCHEN DIE POLITISCHE WENDE



Deutschland kommt seit sieben Jahren wirtschaftlich nicht vom Fleck. Der Sachverständigenrat spricht in seinem Frühjahrsgutachten 2026 von einer seit 2019 anhaltenden Schwäche, die längst strukturelle Ursachen hat. Für dieses Jahr erwarten die Wirtschaftsweisen gerade einmal 0,5 Prozent Wachstum. Hohe Energiepreise belasten die Industrie, Investitionen bleiben aus, die internationale Wettbewerbsfähigkeit leidet. Deutschland, über Jahrzehnte eine der stärksten Industrienationen der Welt, lebt von seiner Substanz.

Über 24.000 Unternehmen meldeten 2025 Insolvenz an, 10,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Schon 2024 war die Zahl um 22,4 Prozent gestiegen, 2023 um 22,1 Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt). Über 166.000 Arbeitnehmer waren 2025 von Unternehmensinsolvenzen betroffen. Hinter dieser Zahl stehen Familien und Existenzen. Natürlich hat jede Insolvenz ihre eigene Geschichte. Doch wenn eine Volkswirtschaft über Jahre stagniert, Investitionen zurückgehen und Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern, ist der Blick auf die Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen, unverzichtbar.

65 Milliarden Euro für Bürokratie

Ein guter Anfang wäre der Papierberg. Der Sachverständigenrat beziffert allein die Kosten, die den Unternehmen durch bundesrechtliche Informationspflichten entstehen, auf rund 65 Milliarden Euro im Jahr. Mindestens 1,7 Prozent aller in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden werden dadurch gebunden. Vorschriften von EU, Ländern und Kommunen sind dabei noch gar nicht eingerechnet. Während Unternehmen

über Fachkräftemangel klagen, beschäftigen wir uns also zu einem beträchtlichen Teil damit, staatliche Vorgaben zu dokumentieren und deren Einhaltung nachzuweisen. Wie weit dieser Ansatz inzwischen reicht, zeigt das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Unternehmen sollen Verantwortung für Vorgänge entlang internationaler Lieferketten übernehmen, die sich ihrer unmittelbaren Kontrolle entziehen. Die AfD hat deshalb im Bundestag wiederholt die Abschaffung dieses unsinnigen Gesetzes gefordert und beantragt. Dr. Malte Kaufmann sprach dazu am 16. Januar im Plenum:



Wenn die Politik glaubt, der bessere Geschäftsführer zu sein

Besonders deutlich werden die Folgen politischer Wirtschaftslenkung in der Automobilindustrie. Der Verband der Automobilindustrie warnt, dass bis 2035 weitere 125.000 Arbeitsplätze verloren gehen könnten. Allein mehr Technologieoffenheit bei den europäischen CO₂-Flottenvorgaben könnte nach Berechnungen des VDA dagegen rund 50.000 Arbeitsplätze in Deutschland erhalten. Das sogenannte Verbrennerverbot ist dabei zum Symbol einer Politik geworden, die technische Entwicklungen vorwegnehmen will. Politik entscheidet, welche Antriebe in Zukunft erwünscht sind, setzt Fristen und schafft Förderprogramme. Unternehmen müssen ihre milliarden-schweren Investitionsentscheidungen danach ausrichten.

Elektroautos müssten sich nicht vor dem Wettbewerb fürchten, wenn sie das bessere Produkt wären. Dasselbe gilt für Verbren-



nungsmotoren mit synthetischen Kraftstoffen, Plug-in-Hybride, Wasserstoff oder Technologien, die heute noch niemand kennt. Ingenieure entwickeln sie, Unternehmen investieren, Verbraucher treffen ihre Kaufentscheidung. Die günstigste und effektivste Lösung setzt sich durch. So entsteht Fortschritt.

Teure Energie, teurer Standort

Noch grundlegender ist die Energiefrage. Deutschland hat Kernkraftwerke abgeschaltet, den Kohleausstieg beschlossen, den Ausbau bestimmter Energieformen über das EEG politisch gefördert und greift über Netzentgelte, CO₂-Bepreisung, Subventionen und zahlreiche weitere Instrumente tief in den Energiemarkt ein. Die Folgen hat die Industrie auszubaden. Der Sachverständigenrat widmet den hohen Energiepreisen im Frühjahrsgutachten 2026 ein eigenes Kapitel. Sie belasten die Industrieproduktion und hemmen Investitionen. Dr. Malte Kaufmann hat diese Entwicklung in mehreren Bundestagsreden aufgegriffen und dargestellt, warum die AfD hier einen grundsätzlich anderen Weg gehen würde. Am 5. März sprach er über die Rückkehr zur Kernenergie:



Am 8. Mai wurde Kaufmann noch grundsätzlicher und zog in einer „Aktuellen Stunde“ Bilanz nach einem Jahr schwarz-roter Energiepolitik:



Ein rohstoffarmes Land braucht Handel

Deutschland verfügt über wenige eigene Rohstoffe. Eine Industrienation in dieser Lage lebt von offenen Märkten, verlässlichen Handelspartnern und guten Beziehungen zu anderen Staaten. Darum ist wirtschaftliche Zusammenarbeit auch immer Friedenspolitik. Staaten, die miteinander Handel treiben, führen keinen Krieg gegeneinander. Eine deutsche Außenpolitik, die Sicherheit gewährleistet, diplomatische Beziehungen pflegt und wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglicht, dient damit dem Frieden und schafft Wohlstand. Eine vernünftige Außenwirtschaftspolitik muss deshalb möglichst viele Türen öffnen. Rohstoffe und Energie müssen dort gekauft

werden können, wo sie verfügbar und günstig sind. Deutsche Unternehmen brauchen Zugang zu internationalen Märkten. Sanktionen, Handelsbeschränkungen und geopolitische Konflikte dagegen sind Gift auch für die eigene Wirtschaft. Darüber sprach Kaufmann am 27. Februar im Bundestag in der Debatte zur deutschen Rohstoffpolitik:



In der Wirtschaft bröckelt die Brandmauer

Dass Deutschland wirtschaftspolitisch einen Kurswechsel braucht, sagen inzwischen längst nicht mehr nur Oppositionspolitiker. Interessant wird die Debatte dort, wo Unternehmer politische Konsequenzen ziehen. Trigema-Chef Wolfgang Grupp beispielsweise bringt es auf einen einfachen demokratischen Grundsatz: „In einer Demokratie muss jede Partei mit jeder Partei sprechen.“ Dahinter steckt eine Frage, die für den Wirtschaftsstandort zunehmend relevant wird: Wie lange will man wirtschaftspolitische Vorschläge noch danach beurteilen, von welcher Partei sie kommen?

Die Forderungen liegen längst auf dem Tisch: weniger Bürokratie, niedrigere Steuern und Abgaben, bezahlbare Energie, Technologieoffenheit, freie Märkte und verlässliche Rahmenbedingungen. Das alles gehört seit ihrer Gründung zum wirtschaftspolitischen Programm der AfD. Die Brandmauer bekommt Risse in der Wirtschaft, denn Unternehmer müssen am Ende rechnen. Sie erleben unmittelbar, was Energiepreise, Regulierung und Abgaben mit ihren Betrieben machen. Politische Abgrenzungsrituale bezahlen ihre Rechnungen nicht.

Der Staat hat genug zu tun

Die Lösung ist erstaunlich einfach: Der Staat konzentriert sich wieder auf seine eigentlichen Aufgaben. Er schützt Bürger und Eigentum, garantiert Rechtssicherheit, sorgt für funktionierende Infrastruktur und verteidigt das Land. Er pflegt gute Beziehungen zu anderen Staaten und schafft Bedingungen, unter denen Menschen miteinander handeln können. Unternehmen brauchen keine staatlichen Technologiepläne. Eine Wirtschaft, die wieder wachsen soll, braucht vor allem eins: Freiheit.

FÜR EINE ERINNERUNGSKULTUR, DIE UNSERE GESAMTE IDENTITÄT UMFAST

Am 17. Juni 1953 demonstrierten Bürger der DDR für den Rücktritt der sozialistischen Regierung und für die deutsche Wiedervereinigung. Die friedlichen Kundgebungen wurden jedoch durch das SED-Regime mit Unterstützung des sowjetischen Militärs blutig niedergeschlagen. Viele Demonstranten wurden danach zu langen Haftstrafen verurteilt. Der 17. Juni steht daher wie kaum ein anderer Tag für den Wunsch



Martin Renner, Dr. Kristin Brinker, Dr. Malte Kaufmann und Gottfried Curio bei der Kranzniederlegung zum Gedenken an den Volksaufstand des 17. Juni

nach Freiheit und die Ablehnung jeglicher politischer Unterdrückung. Dr. Gottfried Curio, Martin Renner und Dr. Malte Kaufmann von der AfD-Bundestagsfraktion sowie Dr. Kristin Brinker, Vorsitzende der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, nahmen am 17. Juni 2026 an der Kranzniederlegung auf dem Friedhof Seestraße teil. Den AfD-Politikern ist es ein besonderes Anliegen, diesen Tag wieder ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Malte Kaufmann sagt dazu: „Macht wird durch das Volk – nicht durch die Politiker – ausgeübt. Jede Unterdrückung dieser Macht durch die Politik ist Unrecht. Die mutigen Bürger der DDR haben uns das eindrucksvoll vor Augen geführt und erinnern uns jedes Jahr daran.“

Eine weitere Gedenkveranstaltung fand am 20. Juni statt zu Ehren der Opfer von Flucht und Vertreibung. Dr. Malte Kaufmann nahm im Auftrag der AfD-Fraktion an der 12. Gedenkstunde im Konzerthaus Berlin teil. Nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wurden rund 15 Millionen Deutsche aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten vertrieben. Es war die größte ethnische Säuberung und Zwangsmigration der europäischen Geschichte. Gerade auch weil viele Mitglieder der AfD eine Vertriebenengeschichte haben, ist es wichtig, an diese Zeit der deutschen Geschichte immer wieder zu erinnern.

EINE VON HUNDERT ENTGLEISUNGEN

Die Grünen und Linken mit ihrem realitätsfernen Hass auf alles Bürgerliche und Deutsche liefern fast in jeder Sitzung des Deutschen Bundestages ungeheuerliche Entgleisungen ab. Beispielsweise fallen Beschimpfungen wie „waschechte Nazi-partei“ oder „Verbrecherbande“. Solche Äußerungen sind dem Deutschen Bundestag vollkommen unwürdig und ziehen hin und wieder sogar einen Ordnungsruf nach sich, werden aber nicht selten vom Präsidium einfach nur übergangen. Dagegen wird das Bezeichnen eines Lügners als „Lügner“ in der Regel sofort mit einem Ordnungsruf sanktioniert, wie im Fall von Martinichert, der im Rahmen der Debatte zur Gesundheitsreform Mitglieder der Regierungsfraktion an ihre früheren Versprechen erinnerte. Klöckner drohte im weiteren Verlauf sogar damit, die gesamte AfD-Fraktion aus dem Plenum zu

werfen, obwohl eine solche Maßnahme in der Geschäftsordnung des Bundestages nicht einmal vorkommt. Wörtlich sagte sie zu Stephan Brandner: „Ich werde mit Ihnen hier nicht diskutieren, sonst kann eine ganze Fraktion hier rausgehen.“

Ein besonders drastisches Beispiel für eine Entgleisung brachte Michael Kellner (Grüne) zustande, als er die AfD-Fraktion pauschal als „Überlebende der Reichskanzlei“ bezeichnete. Manche sagen, man solle darauf gar nicht reagieren – andere ärgern sich. Dr. Malte Kaufmann entschied sich für eine sachliche Zwischenfrage, die Herrn Kellner die Möglichkeit geben sollte, sich zu entschuldigen. Sehen Sie selbst:





BEI JEDER GELEGENHEIT MIT DEN BÜRGERN IM DIREKTEN GESPRÄCH

Zahlreiche Veranstaltungen unter Beteiligung von Dr. Malte Kaufmann fanden in den letzten Monaten statt – zunächst im Wahlkampf in Baden-Württemberg mit Bürgerdialogen z.B. in Ochsenhausen/Biberach mit Markus Frohnmaier und Marc Bernhard, in der Heidelberger Bahnstadt mit Markus Frohnmaier, Miguel Klauß und dem Wahlkreiskandidaten für Heidelberg, Sven Geschinski, oder in Eberbach, Waldachtal/Lützenhardt, Giengen (Heidenheim) und Philippsburg. Das Interesse der Bürger war riesig, die Fragen überaus engagiert und die Zustimmung im ganzen Land mit Händen zu greifen. Parallel dazu organisierten die Kreisverbände Heidelberg und Rhein-Neckar Infostände, um die Bürger ungetrückt von sogenannten „Einordnern“ über Programm und Kandidaten der AfD für die Landtagswahl zu informieren.

Nach der Wahl ging es nahtlos weiter mit politischen Themenabenden und Stammtischen, zu denen auch immer wieder interessierte Neumitglieder kommen, sowie Vortragsveranstaltungen und Bürgergesprächen. Besonders hervorzuheben ist ein politischer Themenabend Ende März unter dem Titel „Brandmauerfall im Superwahljahr?“ mit dem Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament René Aust auf Einladung der AfD Wetterau. Berichtet wurde dabei auch über die Erfolge bei der hessischen Kommunalwahl.



Mit René Aust beim politischen Themenabend in Büdingen.

Die Teilnahme am Stand des Deutschen Bundestages auf dem Maimarkt stand ebenfalls im Terminkalender von Dr. Malte Kaufmann. Zahlreiche Besucher nahmen an der Fragerunde teil und sprachen über ihre Anliegen im direkten Gespräch mit den Abgeordneten. In einem halbstündigen Interview wurden weitere Fragen aus dem Publikum diskutiert. Dabei wurden vor allem Themen zur Funktionsweise des Bundestages und zur Rolle der Opposition im Parlament angesprochen. Breiten Raum nahm ebenfalls die Positionierung der AfD im Bereich Energiesicherheit ein. Die AfD steht für eine Diversifizierung der Energieimporte und die Rückkehr zur Kernkraft, die mittlerweile von immer mehr Ländern als Zukunftstechnologie angesehen wird. Dafür gab es viel Zustimmung.



Auf dem Maimarkt 2026 am Stand des Deutschen Bundestages.

Beim Sommerfest in Heidelberg kamen in diesem Jahr mehr Gäste als je zuvor und genossen den Nachmittag zusammen mit Martin Rothweiler MdL, der gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Christian Schäfer und Rüdiger Ernst Einblicke in die Arbeit der AfD-Landtagsfraktion gab. Mit dabei an diesem schönen Nachmittag waren auch die Heidelberger Gemeinderäte Timethy Bartsch, Sven Geschinski und Albert Maul.



Beim Sommerfest mit den Landtagsabgeordneten Rüdiger Ernst, Martin Rothweiler und Christian Schäfer.

FAHNENGATE: DER STREIT UM SCHWARZ-ROT-GOLD

Als am 8. Juni tausende Menschen unter dem Motto „Eine Million für Berlin“ durch die Hauptstadt zogen und „Merz muss weg!“ riefen, war Dr. Malte Kaufmann vor Ort. Am Brandenburger Tor sprach er mit Teilnehmern und erklärte in einem Interview seine Unterstützung. Dann traf er Marcel Baldauf vom „Projekt Million“, der elf Forderungen der Demonstranten übergab.



Mit Marcel Baldauf vom „Projekt Million“.

Für Kaufmann und die AfD sind die Gründe für den Protest mehr als nachvollziehbar: die schwierige Lage vieler Handwerker und Selbstständiger, hohe Energiepreise, Bürokratie und ein Kanzler, der nahezu jedes Wahlversprechen handstreichartig abgeräumt hat. Doch für Aufregung sorgte anschließend noch etwas anderes: eine Deutschlandfahne.

AFD-Abgeordnete hatten die Demonstration aus einem Gebäude des Bundestages heraus mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne begrüßt. Die Bundestagspolizei schritt ein. Der Vorgang beschäftigte wenig später sogar das Plenum. Grundlage hierfür ist Paragraph 4 der Hausordnung. Danach ist das Anbringen von „Aushängen, insbesondere von Plakaten, Postern, Schildern und Aufklebern“ an von außen sichtbaren Fenstern und Fassaden nicht gestattet. Die Bundestagsverwaltung legt die Vorschrift so aus, dass auch die Deutschlandfahne darunterfallen soll – die Regenbogenfahne störte sie dagegen zuvor nicht. Für Kaufmann war diese Argumentation nicht nachvollziehbar.



Solidarität mit den Demonstranten vom Abgeordnetenbüro aus: Beatrix von Storch schwenkt eine große Deutschlandfahne.

„Das ist doch lächerlich! Das ist die Deutschlandfahne!“, rief er während der Erklärung von Bundestagsvizepräsidentin Lindholz im Plenum. Und als sie die politische Außenwirkung des Fahnenschwenkens erläuterte, folgte sein entscheidender Einwand: „Das ist doch keine Forderung! Das ist die Nationalflagge!“

Genau darin liegt der Kern des inzwischen als „Fahnengate“ bekannt gewordenen Streits. Schwarz-Rot-Gold steht für die Bundesrepublik Deutschland und ihre freiheitlich-demokratische Ordnung. Dass ausgerechnet diese Fahne am Deutschen Bundestag zum Gegenstand einer hausrechtlichen Auseinandersetzung wird, hat deshalb eine bemerkenswerte Symbolik.

Kaufmann beließ es nicht bei seinen Zwischenrufen. Zurück in seinem Abgeordnetenbüro machte er die Probe aufs Exempel. Er befestigte eine große Deutschlandfahne so am Fenster, dass sie auch von außen gut zu sehen war. „Meine Fahne bleibt sichtbar!“, erklärte er und dokumentierte die Aktion in einem Video:



Wer friedlich demonstriert, Kritik an der Regierung übt und die Farben seines Landes zeigt, nimmt demokratische Rechte wahr. Malte Kaufmann hat in Berlin deutlich gemacht, auf welcher Seite er in dieser Auseinandersetzung steht.



AUS KREISTAG UND REGIONALVERSAMMLUNG

Am 3. und 4. Mai fand die diesjährige Klausur der Kreistagsfraktion Rhein-Neckar statt. Die 13-köpfige Fraktion nahm sich das ganze Wochenende Zeit, um die vergangene Arbeit kritisch zu würdigen und einige Vorbereitungen für die kommenden Monate zu treffen. Die letzte Sitzung des Kreistages vor der Sommerpause fand Ende Juli statt. Auf dieser Sitzung mahnte Dr. Malte Kaufmann als Vorsitzender der AfD-Fraktion Haushaltsdisziplin an: Auch die Kommunen können nicht ständig mehr ausgeben, als sie eigentlich zur Verfügung haben, denn das verschiebt die heutigen Probleme nur in die Zukunft und bürdet sie den nachfolgenden Generationen auf.



Die Fraktion im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises während ihrer Klausur.

Ob die herrschende Politik dabei nur eine „Nach-mir-die-Sintflut“-Einstellung hat, oder ob sie denkt, dass aufgenommene Schulden bei einem in ferner Zukunft liegenden Finanzcrash ohnehin „gelöscht“ werden, ist schwer zu sagen. Tatsache ist: Beide Motivationen sind verwerflich, aber leider ist das Schuldenmachen auf allen politischen Ebenen zu beobachten. Deshalb forderte Kaufmann in seiner Rede den Landrat des Kreises, Manuel Just, der seit Mai im Amt ist, auf, auf die Landes- und Bundespolitik einzuwirken, damit dort endlich unnötige Aufgaben gestrichen und die Kommunen nicht ständig weiter belastet werden. Stattdessen muss sich der Staat auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren, beispielsweise die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung. Kaufmann sagt: „Wir müssen aufhören, über unsere Verhältnisse zu leben und werden in einer neu eingerichteten Haushaltsstrukturkommission hierzu umsetzbare Vorschläge unterbreiten.“

Auch die zu diesem Zeitpunkt noch neunköpfige Fraktion der AfD in der Metropolfraktion traf sich zur Klausur: Am 9. und

10. Mai in der schönen Südpfalz. Die Mitglieder nahmen sich ausreichend Zeit, um vielfältige Themen zu behandeln wie den sich in Planung befindliche Ausbau von Windindustrieanlagen in der Region, von Freiflächen- und Agri-PV-Anlagen sowie verschiedene Subventionsprogramme wie „LEADER“, ein EU-Förderinstrument für die Entwicklung ländlicher Räume. Was schön klingt, ist aber wieder einmal nichts weiter als ein staatlicher Eingriff in die marktwirtschaftliche Entwicklung der Region und eine Wettbewerbsverzerrung zwischen geförderten und nicht geförderten Unternehmen. Sogar der Europäische Rechnungshof hat erhebliche Schwächen des Programms festgestellt, weil ein Verwaltungsapparat geschaffen wurde, der einen erheblichen Teil der Fördersumme auffrisst. Der Staat erhebt also Steuern und finanziert anschließend einen Apparat zur Verteilung eines Teils dieses Geldes und verlangt von Unternehmen wiederum den Einsatz von Arbeitszeit für die Beantragung. Malte Kaufmann sagt dazu: „Es ist unglaublich, wie viel Steuergeld überflüssig verbraten wird. Wir müssen endlich zurück zur Vernunft und die Staatsausgaben senken. Auf allen Ebenen!“



Norbert Taufertshöfer wird als Mitglied der Regionalversammlung vereidigt.

Anfang Juli wuchs die AfD-Fraktion in der Verbandsversammlung an: Durch die Erfolge bei der Kommunalwahl in Hessen kam ein Mitglied dazu. Bei der Sitzung Anfang Juli wurde der neue Kollege Norbert Taufertshöfer vereidigt. Er wird künftig im Ausschuss für Regionalentwicklung und Regionalmanagement mitarbeiten. Und Losglück hatte die AfD auch: Die CDU musste einen Sitz im gemeinsamen Ausschuss mit dem Regionalverband Mittlerer Oberrhein an die Alternative für Deutschland abgeben.

PARTEITAGE: DIE AfD IN LAND UND BUND

Am 6. Juni trafen sich etwa 400 Delegierte zum 22. Landesparteitag der AfD Baden-Württemberg in Heidenheim, um den Landesvorstand neu zu wählen, weitere Personalentscheidungen zu treffen und Satzungs- sowie Sachanträge zu behandeln. Hoch konzentriert und sehr effektiv brachten die Delegierten das Arbeitspensum nach etwa sechs Stunden hinter sich.



Delegierte aus Heidelberg: Sabrina Jedralczyk, Timothy Bartsch, Sven Geschinski und Dr. Malte Kaufmann (v.l.n.r.)

An der Spitze setzt der Landesverband auf Kontinuität. Markus Frohnmaier und Emil Sänze, die die AfD Baden-Württemberg seit 2022 gemeinsam führen, wurden als Landesvorsitzende bestätigt. Auch die vier stellvertretenden Landesvorsitzenden – Martin Hess, Marc Bernhard, Ruben Rupp und Lars Haise – wurden wiedergewählt. Neuer Schatzmeister ist Andreas Auer, Dr. Rainer Podeswa wurde als stellvertretender Schatzmeister bestätigt, Stephan Köthe ist Schriftführer. Zu Beisitzern des neuen Vorstands wurden der neue Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion, Martin Rothweiler, Sandro Scheer, Dr. Michael Blos, Joachim Kuhs und Jürgen Kögel gewählt.

Der Parteitag fand drei Monate nach der Landtagswahl statt – der Rückenwind war deutlich zu spüren. Die Meldung, dass der Landesverband inzwischen über 9.000 Mitglieder zählt, sorgte für eine positive Stimmung und Geschlossenheit. Frohnmaier und Sänze machten deutlich, dass sie die AfD auf Regierungsverantwortung vorbereiten wollen. Angesichts der wirtschaftlichen Lage und der politischen Differenzen müsse die neue Landesregierung mit erheblichen Problemen rechnen. Man müsse auch auf vorgezogene Wahlen vorbereitet sein.

Bundessprecherin Dr. Alice Weidel schlug in ihrem Grußwort den Bogen zur Bundespolitik. Sie griff Bundeskanzler Fried-



Heidenheim, 6. Juni: Feierlich wird es immer, wenn auf einem Parteitag die Nationalhymne angestimmt wird.

rich Merz scharf an und formulierte mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern einen klaren Machtanspruch der AfD.

Knapp zwei Wochen später fand im Kreisverband Heidelberg die Wahl der Bundesdelegierten statt, bei der Dr. Malte Kaufmann mit den Kollegen Timothy Bartsch, Sven Geschinski und Albert Maul wiedergewählt wurde. Die Heidelberger fuhrten wenige Tage später nach Erfurt, wo etwa 600 Delegierte zum Bundesparteitag der AfD zusammenkamen. Im Mittelpunkt dieses 17. Bundesparteitags am 4. und 5. Juli stand auch hier die Neuwahl des Vorstands. Dr. Alice Weidel und Tino Chrupalla wurden für weitere zwei Jahre als Bundessprecher bestätigt. Zu stellvertretenden Bundessprechern bestimmten die Delegierten Sven Tritschler, Stefan Möller und Katrin Ebner-Steiner. Neuer Bundesschatzmeister ist Hannes Gnauck.

Dass der Parteitag trotz umfangreicher Blockadeaktionen pünktlich um 10 Uhr beginnen konnte, war der frühen Anreise der Delegierten zu verdanken. Bereits vor 5 Uhr befanden sich rund 540 Delegierte auf dem Messegelände. Die Polizei war mit mehreren tausend Einsatzkräften vor Ort. Linke, Grüne und Linksextreme hatten zuvor wochenlang mobilisiert. Das erklärte Ziel war die Verhinderung der Versammlung.

Statt auf die Delegierten ging die Antifa auf die Presse los: Besonders schwer traf es ein Reporterteam von Apollo News. Die Journalisten wurden während ihrer Berichterstattung verfolgt und körperlich angegriffen. Einer von ihnen musste wegen einer Kopfverletzung im Krankenhaus behandelt werden. Rund um das Parteitagswochenende registrierte die Polizei insgesamt 180 Strafanzeigen und 22 Ordnungswidrigkeiten.



Dr. Malte Kaufmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

FORTLAUFEND GUT INFORMIERT

Jederzeit aktuelle Informationen über die Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion sowie über Dr. Malte Kaufmann im Bundestag und in den kommunalen Parlamenten finden Sie online. Besuchen Sie die Homepage und abonnieren Sie unsere Social-Media-Kanäle:

malte-kaufmann.de [kaufmannmalte](https://www.facebook.com/kaufmannmalte)
 [maltekaufmann](https://www.youtube.com/maltekaufmann) [malte.kaufmann](https://www.tiktok.com/malte.kaufmann)

Wenn Sie den Newsletter abonnieren wollen, schreiben Sie einfach eine E-Mail an:

✉ malte.kaufmann@bundestag.de

**Vielen Dank für Ihr Interesse
und Ihre Unterstützung!**



Impressum

WEITBLICK – Magazin von Dr. Malte Kaufmann • Informationen aus dem Bundestag und aus dem Wahlkreis 274 Heidelberg • Heft 23 Quartal 03/2026 | Herausgeber und verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Malte Kaufmann MdB • Fraktion der AfD im Deutschen Bundestag • Landesgruppe Baden-Württemberg • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin | Auflage: 700 Stück | Bildnachweise: Seite 1 (Titel): draghich / AdobeStock; Seite 4: dudlajzov / AdobeStock; Seite 9: KI; Seite 16: Taucova / AdobeStock; Restliche Bilder: privat



**Alternative
für
Deutschland**

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG